

Ulrich Busch

# Vermögensdifferenzierung und Disparität der Lebensverhältnisse im vereinigten Deutschland

Mit dem Beitritt der DDR zur BRD war die Erwartung einer raschen Angleichung der Lebensverhältnisse und einer schnellen politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Verschmelzung der beiden Teile Deutschlands verbunden. Diese Erwartung aber erfüllte sich nicht. Statt dessen wächst bei den Deutschen an Elbe und Rhein „das Gefühl einer separaten Identität“<sup>1</sup>. Meinungsforscher konstatieren in bezug auf die Beurteilung der Lebensverhältnisse in Deutschland „eine extreme Ost-West-Gespaltenheit“. Von einer zunehmenden Vertiefung der „mental Teilung“<sup>2</sup> ist die Rede sowie von „Milieu-Disparitäten in Ost- und Westdeutschland“<sup>3</sup>.

So zutreffend wie diese Feststellungen sind, so sind sie doch, da sie nur auf kulturelle und mentale Aspekte abstellen, zugleich *einseitig* und abgehoben von den realen Lebensbedingungen. Die *Verschiedenheit der ökonomischen Situation der Menschen in Ost und West* bleibt außen vor. Gerade hier aber liegen die entscheidenden Ursachen für die anhaltende Gespaltenheit der staatlich vereinigten deutschen Gesellschaft. Dies sowohl, was die makroökonomischen Rahmenbedingungen, wie Produktivitätsniveau, Industrialisierung und Urbanisierung, Beschäftigungsgrad usw. anbetrifft, als auch bezüglich der privaten Lebensverhältnisse.

## Bürger „zweiter Klasse“

Die Lebensverhältnisse der Deutschen in Ost und West sind durch erhebliche Disparitäten gekennzeichnet. Diese markieren zugleich *Niveauunterschiede* und bringen mithin eine *soziale Schichtung* der Gesellschaft zum Ausdruck. Im Bewußtsein der Ostdeutschen reflektiert sich dies als Gefühl, „*Deutsche zweiter Klasse*“ zu sein.

Ein solches *Gefühl* gab es auch schon vor

1990. Aber damals existierte es *latent* und eingebunden in die *Zweistaatlichkeit*. Der kleinere deutsche Staat, die DDR, war immer zugleich auch der *zweite* deutsche Staat, ärmer und ökonomisch weniger potent als die Bundesrepublik. Die, zumindest bis Anfang der 80er Jahre anzutreffende, Identifikation des Großteils der Bevölkerung mit ihrem Staat<sup>4</sup> verhinderte jedoch, daß die Unterlegenheit der DDR von ihren Bürgern als *persönliche* Herabsetzung und Deklassierung empfunden wurde. Dies änderte sich mit der deutschen Vereinigung: Eine *EMNID-Umfrage* ergab Ende 1990, daß sich 78% der Ostdeutschen als „*Deutsche zweiter Klasse*“ fühlten. 1991 waren es 84 bzw. 86%, die so dachten, Ende 1992 noch 77%, 1993 80% und 1994 sogar 82%. Für 1995 ermittelte EMNID 72%.<sup>5</sup> In diesen Zahlen bündeln sich, ganz ohne Zweifel, außerordentlich differente, ja teilweise sogar gegensätzliche Positionen und Haltungen. *Faktische* Ungleichheiten und Unterschiede finden hier ebenso ihren Niederschlag wie *Unterlegenheitsgefühle* und *Erfahrungen* von Diskriminierung, sozialer Deklassierung, Ungleichbehandlung und Ausgrenzung. Nicht zuletzt auch die subjektive Gewißheit, eigentlich keine *Bürger zweiter Klasse* zu sein, sondern erst dazu gemacht zu werden<sup>6</sup>.

Bemerkenswert an den Umfrageergebnissen ist neben der Höhe der Quote und ihrer relativen Stabilität der *Wechsel* der Motive, die den Aussagen jeweils zugrundeliegen. Dabei ist m.E. ein stufenweiser Prozeß der Desillusionierung und des Bewußtwerdens der *wirklichen* Ursachen dieses *Zweiter-Klasse-Daseins* festzustellen.

In den Monaten unmittelbar vor der Währungsunion wurzelte das Unterlegenheitsgefühl der Ostdeutschen vor allem in der fehlenden Verfügbarkeit über eine konvertierbare, „harte“ Währung. Der bis zur Hysterie getriebene Wunsch nach der D-Mark - ablesbar etwa in

der jeder kaufkraftparitätischen Vernunft zuwiderlaufenden Entwicklung der Umtauschkurse DDR-Mark/D-Mark an Westberliner Wechselstuben<sup>7</sup> - wurde dann auch zur treibenden Kraft bei der deutschen Vereinigung und zum alles dominierenden Thema im Wahlkampf 1990 sowie in den Beitrittsverhandlungen zwischen den Regierungen der DDR und der BRD.

Als dann am 1. Juli 1990 die D-Mark an die Stelle der DDR-Mark trat, war die Freude zwar groß, währte aber nur kurz. Sehr schnell wurde offenbar, daß das *Einkommensgefälle* in weitaus stärkerem Maße die Ost-West-Diskrepanz im Lebensniveau und in den Lebensverhältnissen prägte als die Verschiedenheit der Währungen.

Zum Zeitpunkt der Währungsunion entsprachen die Bruttolöhne in Ostdeutschland im Durchschnitt nur einem Drittel des Westniveaus<sup>8</sup>. Die Standardaltersrente erreichte, nach Anhebung auf ca. 70% des durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts, 40,3%<sup>9</sup>. Dagegen lagen die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte bei 54% des westdeutschen Vergleichswertes<sup>10</sup>. Diese, für komparative Analysen außerordentlich bedeutsame, Abweichung war der unterschiedlichen Erwerbsbeteiligung sowie der differentiellen Verteilungs- und Einkommensstruktur in den beiden Gesellschaften geschuldet<sup>11</sup>.

Im Verlaufe des Jahres 1990 wurden, vor allem als Ausgleich für den raschen Subventionsabbau, umfangreiche nominale Einkommenserhöhungen wirksam. Nichtsdestotrotz rückte das Einkommensgefälle, als das die Deutschen in Ost und West vermeintlich Trennende, immer stärker in das öffentliche Bewußtsein. Der 1991 einsetzende rapide Beschäftigungsabbau und die damit einhergehenden Einkommenseinbußen führten zu einer weiteren Fokussierung dieser Sichtweise: Die Einkommenssituation, insbesondere das *Einkommensgefälle zwischen Ost und West*, wurde mehr und mehr zum Schwerpunkt negativer ostdeutscher Befindlichkeit. Hinzu kommt, daß die *nominalen* Lohn- und Einkommenszuwächse der Jahre 1990 und 1991 durch den Anstieg der Lebenshaltungskosten erheblich relativiert wurden. Dieser betrug im zweiten Halbjahr 1990 12,7%<sup>12</sup> und 1991 21,5%<sup>13</sup> bzw., bei Zugrundelegung der Verbrauchsstruktur von 1989, sogar 26,5%<sup>14</sup>. Die Einkommenszuwächse wurden dadurch mehr als kompensiert, so daß die

Realeinkommensentwicklung *negativ* verlief. Dies führte zu einer allgemeinen „Einkommensunzufriedenheit“<sup>15</sup>, welcher in den Folgejahren mit kräftigen Einkommenssteigerungen begegnet wurde, so daß die Bruttoarbeitsentgelte 1995 72,6% und die verfügbaren Einkommen der Haushalte 68,1% des Westniveaus erreichten. Die durchschnittliche Altersrente der gesetzlichen Rentenversicherung kletterte 1996 auf 82,2% des Westniveaus<sup>16</sup>.

## Die zweite Desillusionierung

Aber wie zuvor schon die Währungsumstellung, so erwies sich nun auch die Tariflohngleichehung und Verringerung der Einkommensunterschiede für die Herstellung gleicher Lebensverhältnisse als unzureichend. „Gleiche Einkommen in Ost- und Westdeutschland bedeuten ... bei weitem nicht das Vorhandensein gleicher Lebensbedingungen“<sup>17</sup>. Diese *weitere, ebenfalls desillusionierende* Erfahrung mußten die Ostdeutschen nunmehr machen. Die *EMNID*-Umfrage von 1995 spiegelt dies anschaulich wider. Auch daß sich fünf Jahre nach der Währungsunion 75% der Ostdeutschen *nicht* als „Gewinner der Wiedervereinigung“ sahen<sup>18</sup> - 1993 waren dies „nur“ 67%<sup>19</sup> - und daß sich nach wie vor nur eine Minderheit der Ostdeutschen als *Bundesbürger* fühlt<sup>20</sup>, reflektiert die Tatsache *fortbestehender Disparitäten in den Lebensverhältnissen*. Nachstehende Argumente stützen diese Aussage:

*Erstens* bedeutet die Angleichung der *Tariflöhne* noch lange keine Angleichung der *Einkommen*, sofern diese als *effektive* und *verfügbare* Größe gefaßt werden.

So unterscheiden sich zum Beispiel die *Effektivlöhne* im Osten von denen im Westen *erheblich* durch eine vom Tarif abweichende Bezahlung. In Ostdeutschland zahlen nur 61% der Unternehmen Tariflöhne, 33% entlohnen untertariflich und nur 6% übertariflich<sup>21</sup>. Im Westen dagegen ist eher die übertarifliche Bezahlung die Regel.

Ferner existieren Unterschiede durch Jahressonderzahlungen, regelmäßige Zulagen, Treueprämien, beim Urlaubsgeld und bei vermögenswirksamen Leistungen sowie bei der Wochenarbeitszeit und beim Jahresurlaub<sup>22</sup>. Berücksichtigt man diese Aspekte, so erweist sich die Ost-West-Einkommensdifferenz als *erheblich*

*größer* und das Anpassungsniveau als *deutlich geringer*, als dies beim Tariflohniveau der Fall ist. So lag das Effektivlohniveau in der Industrie 1994 nur bei 60% des Westniveaus, in anderen Verdienstbereichen sogar noch darunter. Untersuchungen ergaben, daß das „bereinigte durchschnittliche effektive Vollzeit-Arbeitseinkommen in ganz Ostdeutschland nach wie vor unter 60 vH des West-Niveaus“ liegt<sup>23</sup>. Auch nach einer 100%igen Angleichung der Tarifentgelte, die bis zum Jahre 2000 erreicht sein dürfte, ist „eine vollständige Angleichung bei den Effektivverdiensten nicht in Sicht“<sup>24</sup>.

*Zweitens* muß berücksichtigt werden, daß die ostdeutschen Arbeitnehmer und Einkommensbezieher größtenteils in den unteren Etagen der sozialen Hierarchie und Einkommenspyramide zu finden sind: Die Zahl der ostdeutschen Spitzenmanager, Minister, Chefarzte, höheren Beamten, Generäle, Bankdirektoren, Anwälte, Professoren, Großunternehmer usw. ist außerordentlich klein. Entsprechend gering sind die *Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen*<sup>25</sup>. Bestimmte Einkommenskategorien, zum Beispiel Pensionen und Betriebsrenten, fehlen ganz, so daß von den drei Säulen der Altersversorgung im Osten faktisch *nur eine* existiert. Auch fallen Einkommen aus *Erbchaften und Schenkungen* hier viel weniger ins Gewicht als in Westdeutschland<sup>26</sup>. Dies alles hat zur Konsequenz, daß die Angleichung der Löhne, Gehälter und Altersrenten *bei weitem* noch keine Einkommensgleichheit bedeutet.

*Drittens* vollzieht sich die Anpassung der *verfügbaren Einkommen der Haushalte* an das Westniveau deutlich langsamer als die der Arbeitseinkommen und Altersrenten. Für die Entwicklung des Lebensniveaus sind aber vor allem die Haushaltseinkommen von Bedeutung. Je Einwohner betrug das verfügbare Haushaltseinkommen 1991 47,5% des Westniveaus (und damit weniger als 1989 und 1990), 1992 58,6%, 1993 64,6% und 1994 66,3%<sup>27</sup>. 1995 waren es etwa 68,1%<sup>28</sup>.

Bei der Interpretation dieser Zahlen ist zu beachten, daß die jeweiligen Vergleichswerte für die alten Bundesländer wegen der statistischen Untererfassung der sehr hohen Einkommensgruppen nicht unerheblich „gedrückt“ sind<sup>29</sup>. In Wirklichkeit ist die Relation also noch ungünstiger. Sie dürfte derzeit kaum über 65%

liegen, also noch unter der Zwei-Drittel-Schwelle. Mithin findet die im Osten erwartete rasche Einkommens*angleichung* vorerst nicht statt - und mithin auch keine Angleichung der Lebensverhältnisse. Eher ist eine Verlangsamung des Anpassungsprozesses zu beobachten, was bei bestimmten Personen- und Haushaltsgruppen (Alleinerziehende, Mehrkinderhaushalte) auch einen Rückgang nicht ausschließt. Als Tendenz folgt daraus eine *Verfestigung* der bestehenden Ost-West-Relation bei gleichzeitiger Zunahme der Differenzierung und Polarisierung.

*Viertens* vollzog sich die *reale* Einkommensentwicklung in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost entschieden weniger spektakulär als die der Nominallohne, -gehälter und Altersrenten. Real ist der nominale Einkommenszuwachs, den die privaten Haushalte seit Juli 1990 verzeichneten, um den Anstieg der Lebenshaltungskosten zu korrigieren, das heißt für das 2. Halbjahr 1990 um 12,7%, für 1991 um 21,5 bzw. 26,5% und für 1992 bis 1995 um 32,7%<sup>30</sup>. Insgesamt errechnet sich hieraus für den Zeitraum seit der Einführung der D-Mark ein Anstieg der Lebenshaltungskosten von mehr als 60%<sup>31</sup>, woraus folgt, daß der durchschnittliche jährliche Zuwachs der Realeinkommen der privaten Haushalte kaum mehr als 4% betrug.<sup>32</sup> Anlässlich des fünften Jahrestages der Währungsunion erklärte Bundesbankpräsident *Tietmeyer*, daß „die realen Einkommen in den meisten Fällen erhalten oder sogar angehoben werden konnten“<sup>33</sup>. Dies legt eine insgesamt *nur geringe* Realeinkommensentwicklung nahe und impliziert für bestimmte Personengruppen durchaus Verluste.

*Fünftens* gilt, daß in der bundesdeutschen Realität die Arbeitseinkommen, insonderheit die Tariflöhne, keineswegs die einzige Determinante des Lebensniveaus darstellen. Mindestens ebenso bedeutsam, wenn nicht sogar von noch größerem Gewicht für die Bestimmung der Lebensverhältnisse, sind die *Vermögen*. Diese aber sind in Ost und West *alles andere als gleich*. Und hier vollzieht sich bislang auch *kein Angleichungsprozeß*, was selbst von den optimistischsten Verfechtern einer Ost-West-Annäherung konzediert wird.

So wird in einem *sehr positiven* Entwicklungsszenario davon ausgegangen, daß die ostdeutschen Einkommen „in drei bis fünf Jahren“ denen der alten Bundesländer angepaßt sein

könnten, *keinesfalls aber die Vermögen*<sup>34</sup>. Weniger optimistische Annahmen gehen sogar von einem *wachsenden West-Ost-Gefälle* und einer zunehmenden Divergenz in der Vermögensverteilung aus<sup>35</sup>.

Für die Entwicklung der Lebensverhältnisse in Ost und West kommt dieser Frage eine fundamentale Bedeutung zu: Nach der *Währungsillusion* und der *Einkommens- bzw. Tariflohnillusion* treten jetzt die langfristig bestimmenden, das heißt die *eigentlichen* Gründe für die unübersehbaren Unterschiede in den Lebensverhältnissen in Ost- und Westdeutschland in den Blick: *die Unterschiede im finanziellen, mobilen und immobilien Vermögen*.

In den Analysen der vergangenen Jahre wurde der Vermögensaspekt zumeist ausgeblendet oder nur am Rande thematisiert. Erst in letzter Zeit ist ein verstärkter Rekurs auf die Vermögensentwicklung und -differenzierung zu beobachten, sehr zum Vorteil auch für die realitätsnahe Erfassung der deutschen Vereinigungs- und Transformationsproblematik<sup>36</sup>. Im folgenden soll hierauf noch ausführlich eingegangen werden.

Zuvor sei aber - *sechstens* - noch darauf verwiesen, daß die Lebensverhältnisse als eine *komplexe* Kategorie der menschlichen Existenz sehr viel mehr umfassen als nur das Einkommens- und Konsumtionsniveau oder den materiellen Lebensstandard. Die Vielzahl der anderen Komponenten, wozu die Gesamtheit der lebensniveaurelevanten Infrastruktur, die natürliche Umwelt, die Wohnkultur, die Arbeitsbedingungen, das Handelsnetz u.a. gehören, ferner der Urbanisierungsgrad, die demografische Struktur, die Lebenserwartung, die Integration in ein gewachsenes soziales Milieu, die Identifikation mit der Gesellschaft, ihrer Geschichte, Kultur usw., die zur Verfügung stehende Freizeit, die Erholungs- und Urlaubsmöglichkeiten u.a.m., muß in die komparative Betrachtung mit einbezogen werden, denn auch hier gibt es beachtenswerte Unterschiede zwischen Ost und West.

Ein beredtes Beispiel dafür ist das aktuelle *Ranking*, welches 543 deutsche Städte nach Kriterien der Lebensqualität (Umwelt, Gesundheit, Sicherheit, Wohlstand, Versorgung usw.) ordnete: Auf den vorderen Plätzen findet sich *keine einzige* ostdeutsche Stadt, die letzten 100 Plätze jedoch sind ausschließlich den neuen Bundesländern vorbehalten<sup>37</sup>.

Auch die unterschiedliche Lebenserwartung

in Ost und West ist Ausdruck ungleicher Lebensqualität: Im Osten lag sie 1990 um mehr als zwei Jahre unter dem westdeutschen Durchschnittswert<sup>38</sup>.

Eine Angleichung aller dieser Komponenten scheint, sofern man einen überschaubaren Zeitraum zugrunde legt, ausgeschlossen. Neben bestimmten, vor allem einkommensinduzierten Konvergenzprozessen sind deutliche Separierungs- und Polarisierungsprozesse zu konstatieren, die die Einheit der Nation und die verfassungsmäßig gebotene Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse<sup>39</sup> auf lange Sicht in Frage stellen. Alles in allem, so läßt sich resümieren, unterscheiden sich die Lebensverhältnisse in Ost und West heute wie in nächster Zukunft noch *deutlich* voneinander. Und zwar in einem Maße, daß die wirtschaftliche und soziale Teilung des Landes faktisch fortbesteht: „Die Einheit ist vollzogen. Aber eins ist Deutschland dadurch nicht geworden“<sup>40</sup>.

Engt man die Fragestellung nun auf die *materiellen* Lebensverhältnisse der Menschen ein, die ökonomisch bestimmt und mit ökonomischen Indikatoren erfaßbar sind, dann wird die *Vermögensdifferenzierung* zum springenden Punkt für die Erklärung der fortbestehenden Ost-West-Disparität. Das Vermögensgefälle aber wurde im Zuge der deutschen Vereinigung, beginnend mit der Währungsunion und den Regelungen zur Eigentumsrestitution, aber gerade *nicht*, wie gemeinhin angenommen und immer wieder behauptet, verringert, sondern *noch vergrößert*. Dies hat zur Konsequenz, daß in absehbarer Zeit *keine wirkliche Angleichung* der Lebensverhältnisse zu erwarten ist, möglicherweise nicht einmal eine weitere *Annäherung*. Eher ist mit dem gegenteiligen Prozeß, mit einer größeren *Differenzierung und Polarisierung* und einer Verstetigung des West-Ost-Gefälles zu rechnen, was zu einem nicht unwesentlichen Teil auf die sehr ungleiche Vermögensverteilung zwischen West und Ost zurückzuführen ist. Die Ungleichheit der Vermögen wird so zum Kriterium für die soziale Strukturierung der Gesellschaft. Sie findet in letzterer ihre *soziale Entsprechung*.

Es ist mithin nur logisch, daß *soziale Ungleichheit* schließlich, wie es Ernst-Ulrich Huster auf den Punkt brachte, „durch ein ebenso evidentes wie signifikantes Zeichen markiert (wird): die Zugehörigkeit zum Osten oder Westen“<sup>41</sup>.

## Vermögensstruktur

Das Gesamtvermögen der privaten Haushalte umfaßt das *Humanvermögen*, welches sich in Arbeits- und Vitalvermögen gliedert, das *Real- oder Sachvermögen* und das *Geldvermögen* sowie diverse *vermögenswerte Versorgungs- und Versicherungsansprüche*. Da es nicht möglich ist, hier alle Vermögensbestandteile gleichermaßen umfassend zu behandeln, erfolgt eine Konzentration auf die *materiellen*, ökonomisch eindeutig erfaßbaren und bewertbaren Positionen.

Auf die Analyse des immateriellen Humanvermögens wird hier verzichtet. Wichtig ist jedoch der Hinweis, daß dieses mit dem Einkommensniveau positiv korreliert. Über die Vermögensbildung auf der Basis erzielter Einkommen existiert dann ein Zusammenhang zwischen Humanvermögen und anderen Vermögensbestandteilen.

Ebenfalls abstrahiert werden soll von vermögenswerten Ansprüchen gegenüber Kranken- und Arbeitslosenversicherungen. Auch sog. „Quasi-Vermögen“, wie der Versorgungsgrad privater Haushalte mit öffentlichen Einrichtungen (Infrastruktur), bleiben im Prinzip unberücksichtigt.

Für einen Ost-West-Vergleich der Vermögenssituation der privaten Haushalte verbleiben somit *drei* Vermögensgruppen:

*Erstens* die *inländischen sachlichen Vermögensformen*, also:

- das Grund-, Haus- und Wohnungsvermögen,
- das Produktiv- bzw. Betriebsvermögen und
- das konsumtive Gebrauchsvermögen.

*Zweitens* das *Geldvermögen*, welches Geld und Geldkapital umfaßt und als *Nettoposition*, das heißt unter Abzug der Verbindlichkeiten, ausgewiesen wird.

*Drittens* die vermögenswerten und quantifizierbaren Versorgungsansprüche gegenüber Rentenversicherungsträgern, Pensionskassen usw.

Die Reduzierung der komparativen Betrachtung auf diese Positionen, ihre Fundierung durch die offizielle Statistik und die Ausklammerung anderer Bestimmungsgrößen, so auch bestimmter Auslandsvermögen, hat eine für den Ost-West-Vergleich beachtenswerte Konsequenz: Da nämlich die tatsächlichen Vermögen deutlich *über* den statistisch erfaßten und

ausgewiesenen Werten liegen<sup>42</sup>, erweist sich die Ost-West-Differenz in Wirklichkeit als noch *wesentlich größer*, als dies die offiziell ausgewiesenen Daten erkennen lassen. Diese statistische Ungenauigkeit läßt sich leider nicht korrigieren. Es ist aber möglich, durch die Berücksichtigung *möglichst vieler* Daten, sei es auf der Grundlage von Berechnungen, von empirischen Erhebungen wie der regelmäßig vorgenommenen *Einkommens- und Verbrauchsstichproben* oder durch bloße Schätzungen<sup>43</sup>, Aussagen zu erhalten, die der Wahrheit eher entsprechen als isolierte Gegenüberstellungen einzelner Daten. Je mehr Vermögensbestandteile in die Analyse einbezogen werden, um so deutlicher tritt das Bild einer *gespaltenen Gesellschaft* hervor. Die ungleiche Vermögensverteilung zwischen dem westlichen und dem östlichen Deutschland dürfte langfristig gesehen die *entscheidende* Erklärungsvariable für die „strukturelle Heterogenität“ und die soziale Differenzierung im vereinigten Deutschland sein<sup>44</sup>.

### Die ungleichen Voraussetzungen: Vermögen privater Haushalte in Ost- und Westdeutschland vor 1990

Die Verschiedenheit der sozialökonomischen Systeme, die sich im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges unter der Herrschaft der Siegermächte und deren Einfluß für die beiden Teile Deutschlands ergab, implizierte, daß auch der Vermögensaufbau und die Vermögensstruktur in Ost- und Westdeutschland erheblich voneinander abwichen.

Auf der Grundlage eines bereits vor dem Kriege existierenden, historisch tradierten Reichtums- und Wohlstandsgefälles zwischen den Regionen West- und Süddeutschlands einerseits und Nord- und Ostdeutschlands andererseits sowie den unterschiedlich starken Verlusten im Krieg, mehr aber noch danach, insbesondere durch die extrem ungleich verteilten Reparationslasten<sup>45</sup>, vollzog sich in den beiden deutschen Staaten über vier Jahrzehnte hinweg eine deutlich divergente Entwicklung der Vermögen.

Während sich in Westdeutschland im Kontext mit der Rekonstruktion einer *privaten* Eigentums- und Wirtschaftsordnung und ausgehend von den traditionellen Strukturen ein rascher Aufbau *privater* Vermögen vollzog, er-



lebte Ostdeutschland eine Zeit eskalierender *Vergesellschaftungsprozesse*, vor allem bezogen auf die produktiven Vermögenswerte. Eine private bzw. persönliche Vermögensbildung war von Anfang an nur sehr bedingt möglich. Sowohl das von der SED verfolgte gesellschaftsstrategische Konzept als auch die historischen Umstände, unter denen die sowjetische Besatzungszone bzw. die DDR existierten, ließen dafür nur wenig Raum. Dabei überwogen als *ungünstige* Faktoren zunächst die einem gewaltigen Vermögenstransfer ins Ausland gleichkommenden Reparationsleistungen. Danach bestimmten dann die - eine staatliche, kommunale oder genossenschaftliche Zentralisation von Vermögen darstellenden - Formen der *sozialistischen Vergesellschaftung* der industriellen und landwirtschaftlichen Produktionsmittel sowie eines Großteils des Bodens, der Immobilien und der Wohnungen das Bild. Private Eigentumsformen und Vermögen *außerhalb der Konsumtionssphäre* wurden nach und nach zu einer rudimentären Größe. Nicht zuletzt verhiinderten auch die Distributionsweise und die in der DDR praktizierte Einkommenspolitik aufgrund der hohen Staatsquote und der ihr immanenten egalisierenden Tendenz eine Vermögensbildung vergleichbaren Ausmaßes aus dem laufenden Einkommensprozeß heraus.

Hinzu kommt, daß die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in Westdeutschland wesentlich erfolgreicher verlief als in Ostdeutschland<sup>46</sup>. Besonders in den 70er und 80er Jahren führte dies dazu, daß sich die privaten Vermögen in Ost und West nicht nur quantitativ und strukturell deutlich voneinander unterscheiden, sondern zunehmend auch *qualitativ*. Hinsichtlich des technischen Niveaus, des Designs, ökologischer Parameter usw. bei Sachvermögen, des Außenwerts der Währung beim Geldvermögen<sup>47</sup> und der infrastrukturellen Erschließung und des Wohnwerts bei Immobilien<sup>48</sup>. Dies erschwert natürlich einen Ost-West-Vergleich, da eine Quantifizierung solcher qualitativer Aspekte kaum möglich ist<sup>49</sup>.

Der entscheidende Unterschied zwischen der ost- und der westdeutschen Vermögensbildung leitet sich jedoch aus den Eigentumsverhältnissen her. So bringt es die privatkapitalistische Ordnung in Westdeutschland mit sich, daß der weitaus größte Teil des Produktiv- und Grundvermögens *privates Eigentum* verkörpert und

nur ein verhältnismäßig geringer Teil Staatseigentum<sup>50</sup>. Dies spiegelt sich konsequenterweise auch in der Struktur der Vermögen der privaten Haushalte wider. Das heißt, Haus- und Grundvermögen sowie Produktivvermögen stellen hier gewichtige Positionen dar, auch wenn vor allem letzteres, wie das Anlagevermögen überhaupt, auf eine relativ kleine Gruppe von Eigentümern konzentriert ist.

Ganz anders verhielt sich dies in der DDR. Hier galt das „sozialistische Eigentum“, bestehend aus *gesamtgesellschaftlichem Volkseigentum, genossenschaftlichem Gemeineigentum* sowie dem *Eigentum gesellschaftlicher Organisationen der Bürger* als konstituierendes Ordnungsprinzip. Privateigentum an Produktionsmitteln existierte, insbesondere nach 1972, nur rudimentär, und das „persönliche Eigentum der Bürger“ bestand im wesentlichen aus konsumtivem Sachvermögen, Wohneigentum und Geldersparnissen<sup>51</sup>. Die Vermögensstruktur der ostdeutschen Haushalte wies folglich nur in ganz unbedeutendem Umfange privates Produktivvermögen und in deutlich geringerem Umfange als in Westdeutschland Haus- und Grundvermögen auf. Dafür waren Konsumgüter und Ersparnisse *relativ* stark präsent.

Während die Wirtschaftsentwicklung in Westdeutschland neben dem wachsenden Konsumtionsniveau und der Zunahme des Anlagevermögens der Unternehmen vor allem auch in der privaten Vermögensakkumulation der Haushalte ihren Ausdruck fand, vollzog sich in der DDR kein hierzu analoger Prozeß. Die ökonomische Leistungsentwicklung spiegelte sich hier hauptsächlich in der Akkumulation von Volkseigentum, das heißt in der Zunahme des staatlichen und genossenschaftlichen Vermögens wider, nicht aber in privatem Reichtum.

Für einen intersystemaren Vergleich der Vermögen der privaten Haushalte erscheint es deshalb nicht von vornherein als abwegig, das „volkseigene Vermögen der DDR“, so wie es 1989 statistisch erfaßt und bewertet und 1990 in den Vereinigungsprozeß eingebracht wurde, mit zu berücksichtigen. Die Zahlenangaben dafür beruhen allerdings auf vagen Schätzungen, die zwischen 2.000 und 2.300 Mrd. Mark schwanken<sup>52</sup>. Hierin sind enthalten: 440 Mrd. DM Grund und Boden, 280 Mrd. Verwaltungs- und Finanzvermögen, 125 Mrd. Sondervermögen von Reichsbahn und Post, Wohnungen

im Wert von ca. 300 Mrd. und 700 Mrd. Anlagevermögen in Treuhand-Verwaltung. Aufgeteilt auf 6,56 Mill. private Haushalte, ergibt sich hieraus für 1989 pro Haushalt ein fiktiver *anteiliger Vermögenswert* in Höhe von ca. 350.000 Mark. Dieser Größe steht in Westdeutschland kein adäquater Vergleichswert gegenüber.<sup>53</sup>

Als nächstwichtigste Vermögensposition ist das *Grund- und Haus- bzw. Wohnvermögen* anzuführen - für die westdeutschen privaten Haushalte die bedeutendste Position überhaupt. Für die DDR wurden 1971 2.253.497 Wohngebäude, das sind 77,7% des Gesamtbestandes, als Privateigentum gezählt<sup>54</sup>. Da in den Folgejahren der individuelle Anteil am Wohnungsneubau aber nur bei 13,7% lag<sup>55</sup>, ging der private Anteil am Wohnungsbestand kontinuierlich zurück. 1989 betrug er nur noch 41,2%, bei Ein- und Zweifamilienhäusern 83,4%<sup>56</sup>. Hierin eingeschlossen war aber auch das „staatlich verwaltete Privateigentum“, wo in der Regel BRD-Bürger Eigentümer waren, so daß maximal ein Drittel des Wohnungsbestandes zum Privatvermögen der DDR-Bevölkerung gerechnet werden kann<sup>57</sup>. Eine *Einkommens- und Verbrauchsstichprobe* für 1993 weist 1,9 Mill. ostdeutsche Haushalte (27,7%) als Immobilieneigentümer aus. In Westdeutschland waren dies 1988 11,5 Mill. (46,7%) und 1993 14,6 Mill. oder

50,5%<sup>58</sup>. Die tatsächlichen Unterschiede sind aber viel größer, da die Immobilien im Osten zumeist bedeutend älter sind, einen geringeren Wohnwert aufweisen, ungünstigere Lagen haben usw. Insgesamt wird das Grundvermögen in Ostdeutschland 1993 auf 39,0 Mrd. DM (Einheitswert) bzw. 390,9 Mrd. DM (Verkehrswert) veranschlagt. Unterstellt man, daß hier seit 1990 mindestens eine Verdopplung eingetreten ist, so ergibt sich für 1989 ein privates Immobilienvermögen in Höhe von ca. 195 Mrd. Mark. Das entspricht einem Durchschnittswert pro Haushalt von knapp 30.000 Mark.

Die dritte Rubrik umfaßt das *konsumtive Sachvermögen bzw. Gebrauchsvermögen* der privaten Haushalte. Obwohl dieses hinsichtlich seiner Funktionalität (Dispositions-, Ertrags-, Sicherungs- und Prestigefunktion) und seiner sozialökonomischen Relevanz deutlich hinter den anderen Vermögensformen zurücksteht<sup>59</sup>, ist es für die Beurteilung der *aktuellen* Lebenslage unverzichtbar.

Für die DDR gibt es für das Gebrauchsvermögen unterschiedliche Berechnungen auf der Basis von Anschaffungspreisen, Nutzungsdauer und Ausstattungsgraden<sup>60</sup>. Detaillierte Rechnungen für 1980 und 1984 weisen einen Konsumtionsfonds der privaten Haushalte in Höhe von 245,3 bzw. 284,9 Mrd. Mark aus<sup>61</sup>.

Tabelle 1: Vermögen privater Haushalte in der DDR 1989

	Gesamtvermögen (in Mrd. Mark)	je Einwohner (1.000 Mark)	je Haushalt <sup>5</sup> (1.000 Mark)
a) Volksvermögen <sup>1</sup>	2.300,0	138,4	350,3
b) Grund-, Haus- und Wohnvermögen <sup>2</sup>	195,5	11,8	29,8
c) Gebrauchsvermögen <sup>3</sup>	330,0	19,9	50,3
d) Geldvermögen <sup>4</sup>	194,5	11,8	29,6
- Bargeld	17,0	1,0	2,6
- Spargiro	159,7	9,7	24,3
- Versicherungssparen	17,8	1,1	2,7
Summe: b(netto) + c + d	(720,0)	(43,5)	(109,7)
1) Produktions- u. Grundvermögen (vgl. Schmidt, M., a.a.O., S.137)			
2) Schätzung auf der Grundlage der Angaben von Laue, a.a.O., S.492 unter Annahme einer Verdopplung des Verkehrswertes nach 1990			
3) Schätzung auf der Basis von Berechnungen von E. Müller (a.a.O., S. 96) und Angaben der Staatlichen Versicherung der DDR.			
4) Statistisches Jahrbuch der DDR 1990, S. 303			
5) Durchschnittliche Haushaltsgröße: 2,53 Personen			

Extrapoliert für 1989, entspräche dem ein Durchschnittswert pro Haushalt von 50.300 Mark.<sup>62</sup> Im Unterschied zu Westdeutschland ist es dabei unerheblich, ob Anschaffungs- oder Marktpreise zugrundegelegt werden, denn die inflationäre Entwertung war bei einem durchschnittlichen jährlichen Preisanstieg (1980 bis 1989) von nicht viel mehr als 1%<sup>63</sup> minimal und bestimmte Konsumgüter erzielten im Wiederverkauf sogar höhere Preise, als bei ihrer Erstanschaffung bezahlt wurden.

*Viertens* ist das *Geldvermögen* anzuführen. Auch hier gilt es in bezug auf Ostdeutschland eine Reihe von Spezifika zu beachten. So erfolgte keine Trennung in *Geld* und *Geldkapital*. Neben der Bargeldhaltung gab es nur drei Formen der Geldanlage: das Giro sparen, das Sparbuch und die sparrowirksame Lebensversicherung. Das Nettogeldvermögen unterschied sich auf Grund der Geringfügigkeit der Kreditanspruchnahme kaum von der Bruttogröße. Insgesamt belief sich das Geldvermögen der privaten Haushalte 1989 auf 194,5 Mrd. Mark<sup>64</sup>. Dies entsprach drei Fünfteln des Gebrauchsvermögens und 116% der Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung im laufenden Jahr. Die Sparquote lag 1989 bei 6,3%.<sup>65</sup>

Zu diesen Vermögensbestandteilen sind nun

noch die *Versorgungsansprüche aus Rentenversicherungen u.ä.* hinzuzurechnen, eine Position, die in der BRD mehr als 50% des sonstigen Vermögens ausmacht<sup>66</sup>, für die DDR aber, ausgehend von dem relativ niedrigen Rentenniveau, fehlenden Pensionskassen und betrieblichen Versorgungssystemen etc., bedeutend niedriger anzusetzen ist.

Ein Vergleich der Schätzwerte (Tab. 1 und 2) läßt unschwer erkennen, wie verschieden die Vermögensverhältnisse in Ost und West bereits vor der Vereinigung der beiden deutschen Staaten waren. Dies betrifft den *Umfang* der privaten Vermögen, mehr aber noch deren *Struktur* und *Verteilung*.

Hinsichtlich der *Struktur* ist in der DDR der hohe Anteil des Gebrauchsvermögens am Gesamtvermögen der privaten Haushalte hervorstechend. In der BRD überwiegt dagegen das Grund-, Haus- und Wohnvermögen. Die *Verteilung* weist jeweils systemspezifische Züge auf. Sie war in der DDR weitaus *ausgeglichen* als in der BRD, wo besonders beim Immobilien- und Geldvermögen eine extreme Ungleichverteilung und Polarisierung auszumachen ist<sup>67</sup>.

Sieht man von diesen Besonderheiten einmal ab und vergleicht die Vermögen der privaten Haushalte in West und Ost (ohne Versor-

Tabelle 2: Vermögen privater Haushalte in der BRD 1989

	Gesamtbestand (in Mrd. DM)	je Einwohner (1.000 DM)	je Haushalt <sup>6</sup> (1.000 DM)
a) Grund-, Haus- und Wohnvermögen <sup>1</sup>	5.201,0	84,6	189,8
b) Gebrauchsvermögen <sup>2</sup>	1.700,0	27,4	61,2
c) Geldvermögen <sup>3</sup> : brutto	2.832,2	45,6	101,9
netto	2.584,3	41,6	93,0
d) Betriebsvermögen <sup>4</sup>	900,0	14,5	32,4
e) Versorgungsansprüche <sup>5</sup>	5.192,7	84,1	188,2
Summe: a+b+c(netto)+d	(10.385,3)	(186,3)	(376,4)
1) 1988, Preisbasis 1991, Sachwertkonzept (DIW, Wochenbericht 4/1996, S. 63); vgl. auch Wirtschaft und Statistik 4/1991, S. 277 2) Schätzung unter Berücksichtigung von Abschreibungen (vgl. auch Deutsche Bundesbank, Monatsbericht April 1992 und Oktober 1993, S. 29) 3) DIW, Wochenbericht 25/1995, S. 439 4) Fortschreibung der Schätzwerte von Miegel (a.a.O., S. 76ff.); DIW, Wochenbericht 30/1996, S. 502 5) 50 % des sonstigen Vermögens (vgl. Miegel, M., a.a.O., S. 85) 6) Durchschnittliche Haushaltsgröße: 2,38 Personen			



gungsansprüche) allein ihrem *Umfang* nach, so erhält man eine Relation von 3,4 bzw. 3,9 (pro Kopf). Den größten Unterschied weisen die Immobilienvermögen auf (mit einer Relation von 6,4), den geringsten, mit einer Relation von 1,2, die Gebrauchsvermögen. Letzterer Wert deckt sich jedoch nicht mit dem differentiellen Ausstattungsgrad der Haushalte und geht insofern an der Realität vorbei. Als statistische Größe ist er offensichtlich auf die Inkommensurabilität der zugrundegelegten Daten zurückzuführen<sup>68</sup>.

Erweitert man die Analyse um die - vermögenswerte Rechte darstellenden - *privaten Versorgungsansprüche*, die es im paternalistischen Fürsorgesystem der DDR nur begrenzt gab und die mit dem *Rentenüberleitungsgesetz* größtenteils annulliert wurden, so vergrößert sich dadurch die absolute Differenz wie auch die Relation der Vermögen noch einmal deutlich zuungunsten Ostdeutschlands.

Auffällig ist, daß die Diskrepanz zwischen den privaten Vermögen in Ost- und Westdeutschland *signifikant größer* ist als die Unterschiede im volkswirtschaftlichen Leistungs-niveau und in den Einkommen der privaten Haushalte. Die West-Ost-Relation der volkswirtschaftlichen Leistungskraft, gemessen an der Produktivität, lag bei 2:1<sup>69</sup>, die der Haushaltseinkommen lag, kaufkraftbereinigt und unter Berücksichtigung der strukturellen Unterschiede, über vier Jahrzehnte hinweg zwischen 1,56 und 2,0, zuletzt bei 1,72<sup>70</sup>. Die Vermögensrelation dagegen entspricht einem mehr als *doppelt so hohen* Wert. Dies findet seine Erklärung in dem *unterschiedlichen Entwicklungs-verlauf* seit 1948 sowie in der *Verschiedenheit der sozioökonomischen Struktur* der beiden deutschen Gesellschaften bis zu ihrer Wiedervereinigung 1990.

## Die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion und die Folgen

Mit dem Jahr 1990 setzte in Ostdeutschland ein Prozeß *allgemeiner Entwertung* ein<sup>71</sup>. Die Währungsunion am 1.7.1990 bildete dafür den entscheidenden Ausgangs- und zugleich Kulminationspunkt.

Die reale Entwicklung vorwegnehmend, begann die Devaluationswelle jedoch schon Monate vor diesem Datum, als *monetäres* Phänomen auf dem Schwarzmarkt für DDR-Mark<sup>72</sup>.

Mit dem Währungsumtausch selbst fand dieser Prozeß dann seine offizielle Fortsetzung und seinen Abschluß: 446,6 Mrd Mark wurden zum Satz von 1,81:1 auf 246,0 Mrd D-Mark umgestellt. Der Umstellungssatz für das *Geldvermögen* der Bevölkerung lag etwas günstiger, bei 1,5:1. Das heißt, 64,8 Mrd. Mark wurden 1:1 umgestellt und 128,6 Mrd. Mark 2:1<sup>73</sup>. Bei Zugrundelegung einer Kaufkraftparität, die „sehr dicht bei 1:1 lag“<sup>74</sup>, auf keinen Fall aber darunter<sup>75</sup>, entsprach dies einer Abwertung des privaten Geldvermögens um etwa ein Drittel bzw. einem Vermögensverlust der ostdeutschen Bevölkerung in Höhe von 64,3 Mrd. Mark.

Die Entwertung des *Produktivkapitals* begann unmittelbar nach der Währungsumstellung und war eine direkte Folge der unvorbereiteten und ungeschützten Konfrontation der größtenteils veralteten DDR-Betriebe mit dem Weltmarkt. Der Zusammenbruch des RGW-Marktes 1991 beschleunigte zweifelsohne den Niedergang der ostdeutschen Wirtschaft. Vor allem waren es aber der ungleiche Wettbewerb auf dem Binnenmarkt und der sprunghafte Rückgang der Binnennachfrage nach Erzeugnissen ostdeutscher Produktion, die den Crash bewirkten. Rückläufige Umsätze und fehlende Gewinne im Kontext mit steigenden Lohnkosten und wegbrechenden Absatzmärkten, dazu noch die mit der Währungsumstellung verbundene faktische Aufwertung der Währung - dies führte für die meisten Betriebe zum Kollaps und damit zur Entwertung ihres Anlagekapitals. Laut DM-Eröffnungsbilanz der *Treuhandanstalt* standen dem Geldvermögen nur Vermögenswerte in Höhe von 247,5 Mrd. DM gegenüber. Unter Berücksichtigung aller Verpflichtungen und Risiken schloß die *Treuhand*-Bilanz schließlich sogar mit einem Fehlbetrag in Höhe von 231,5 Mrd. DM, was nichts anderes heißt, als daß das volkseigene Produktivvermögen nach der Währungsumstellung keinen positiven Vermögenswert mehr verkörperte.<sup>76</sup> Die in Tabelle 1 ausgewiesenen fiktiven Vermögensanteile der ostdeutschen Bevölkerung waren damit über Nacht faktisch hinfällig geworden. Trotz aller Marktlogik und juristischen Absicherung, die diesem gewaltigen Entwertungs- und Umschichtungsprozeß zugrunde lag, handelte es sich hierbei doch um „eine in der Welt einmalige Verfahrensweise der Enteignung eines ganzen Volkes. Es ist zugleich ein für einen so kurzen

Zeitraum außerhalb von Kriegs- und Nachkriegszeiten einmaliger Vermögenstransfer, der die These der Kolonialisierung mehr als stützt“<sup>77</sup>.

Nicht viel besser war es um das *Gebrauchsvermögen* bestellt. Auch hier ging eine rasante Entwertung vonstatten. *Zuerst* bei Produkten, die den westlichen Erzeugnissen *absolut* (das heißt im technischen Niveau und in der Leistungskraft) unterlegen waren, zum Beispiel PKWs, Computer, Unterhaltungselektronik u. dgl. Derartige Gegenstände verkörperten auf Grund ihrer überhöhten Preise in der DDR wertmäßig einen hohen Anteil am Gesamtvermögen der privaten Haushalte. Nach dem Fall der Mauer und erst recht nach der Währungsunion fielen sie dramatisch im Wert, nicht selten bis auf Null.

Der *zweite* Devaluationsschub erfaßte ostdeutsche Produkte und Vermögenobjekte, die sich von vergleichbaren westlichen Produkten nicht wesentlich unterschieden, dort aber erheblich billiger produziert oder importiert wurden. Dies betrifft zum Beispiel Möbel, Schuhe, Textilien, Kühlschränke u.ä.

*Drittens* wurden schließlich auch solche Produkte der Entwertung unterworfen, die, als Gebrauchswerte betrachtet, durchaus gleichwertig waren und zum Teil sogar auch noch billiger als im Westen, denen aber das Stigma „made in GDR“ anhaftete. Hierzu zählen Bücher, Bilder, Noten, Spielzeug, Medikamente u.a.m.

*Zuletzt* erfaßte der Devaluationsprozeß noch jene Produkte, für die es auf Grund des Zusammenbruchs der Produktions- und Lieferketten in Ostdeutschland keine Ersatzteile oder keine Komplementärgüter mehr gab.

Binnen weniger Monate verkörperte das gesamte, über Jahrzehnte hinweg akkumulierte Gebrauchsvermögen der Haushalte nur noch einen Bruchteil seines einstigen Wertes. Ganze Wohnungseinrichtungen besaßen plötzlich keinen positiven Marktwert mehr, waren Sperrmüll.

Als einziger nennenswerter privater materieller Vermögenswert verbleibt mithin - neben dem um ein Drittel reduzierten und auf D-Mark umgestellten Geldvermögen - das Immobilienvermögen, obwohl sich auch hier bedeutende Veränderungen vollzogen. Grundsätzlich ist davon auszugehen, daß sich der Verkehrswert der Immobilien gegenüber früher deutlich erhöht hat, teilweise, besonders in Citylagen,

sogar erheblich. Dies trifft in der Masse jedoch weniger für die Gebäude und Wohnungen zu, die zum Teil das Schicksal der langlebigen Gebrauchsgüter teilten, also mehr oder weniger abgewertet wurden. In aller Regel jedoch für den *Grund und Boden*, wo im Durchschnitt eine mehr als 100%ige Wertsteigerung zu verzeichnen ist. Diese kommt jedoch ausschließlich den Eigentümern der Immobilien zugute, also nur 28% der privaten Haushalte<sup>78</sup>. Im Unterschied zu anderen Vermögensformen, wo die Verteilung weniger differenziert ist, bewirkte die Währungsunion bei Immobilien eine deutliche Polarisierung, so daß inzwischen ein Drittel des privaten ostdeutschen Immobilienvermögens im Besitz von lediglich 2% der Haushalte ist<sup>79</sup>. Der Differenzierungseffekt wurde dadurch noch verstärkt, daß die auf den Immobilien lastenden Schulden im Verhältnis 2:1 umgestellt wurden. Für die Immobilieneigentümer bedeutete dies eine Extravergünstigung, die sie quasi zu Doppelgewinnern der Währungsunion machte.

Nutznieser dieser Regelung waren jedoch nicht nur ostdeutsche Haushalte, sondern in nicht wenigen Fällen auch Alteigentümer im Westen, die nach der staatlichen Vereinigung Restitutionsansprüche geltend machten. Insgesamt wurden 2,2 Millionen solcher Ansprüche registriert und, soweit bisher bearbeitet, zum großen Teil auch bewilligt. Für die Vermögensverteilung bedeutet dies eine weitere Vergrößerung des Ungleichgewichts und eine Verstärkung der in diesem Bereich ohnehin schon existierenden Ost-West-Disparität.

*Zusammenfassend* läßt sich festhalten, daß die Währungsunion der ostdeutschen Bevölkerung nicht nur eine Neuordnung ihrer Vermögensverhältnisse auf DM-Basis gebracht hat. Sie brachte zugleich auch einen beachtlichen *Vermögensverlust* mit sich. Allein beim Geldvermögen belief sich dieser pro Haushalt auf 9.793 Mark. Hinzu kommt ein *indirekter* Verlust infolge gestiegener Lebenshaltungskosten und negativer Realverzinsung<sup>80</sup>. Erheblich abgewertet wurde auch das Sachvermögen der privaten Haushalte. Immobilienvermögen dagegen verzeichneten einen Wertzuwachs, welcher jedoch auf Grund der geringen Eigentümerquote und bestehender Restitutionsansprüche nur etwa einem Viertel der ostdeutschen Bevölkerung zugute kam.

Der größte Verlust ist aber darin zu sehen,

daß die *Anteile der Bevölkerung am Anlagevermögen der Wirtschaft bzw. am einstigen Volksvermögen der DDR* dem Transformationschock und der *Treuhand*-Politik zum Opfer gefallen sind. Teils vollzog sich hier eine Kapitalentwertung, als marktlogische Reaktion auf die radikal veränderten Reproduktionsbedingungen, teils fand, begünstigt durch die Veräußerungsstrategie der *Treuhandanstalt*, ein direkter Vermögenstransfer von Ost nach West statt<sup>81</sup>. Gleich von welcher Größenordnung man dabei ausgeht, in jedem Fall hat sich durch die Privatisierung des einstigen DDR-Volksvermögens die Ost-West-Disparität in den Vermögensverhältnissen drastisch vergrößert. Die grundsätzlich, bei jeder Privatisierung öffentlichen Vermögens, zu verzeichnende Umverteilung „zugunsten der besser Gestellten“<sup>82</sup>, begünstigte hier einseitig *westdeutsche* Kapitaleigner zum Nachteil der ostdeutschen Bevölkerung.

Auf Grund der besonderen Relevanz des Produktivvermögens, sozialökonomisch, reproduktionstheoretisch und politisch, beeinflusst diese Vermögensumschichtung auch das Verhältnis der beiden Teile Deutschlands zueinander. Der Osten ist nun nicht mehr nur der ärmere Teil Deutschlands. Er ist zugleich auch der vom Westen *abhängige* Teil.

### Sechs Jahre Entwicklungslogik: Fakten und Tendenzen

Die seit 1990 vergangenen sechs Jahre verkörpern historisch nur eine kurze Frist. Trotzdem lassen sich aus den Veränderungen, die seitdem eingetreten sind, Tendenzen für die Reproduktion der Vermögen in Ost und West ableiten. Dabei wird deutlich, daß mit der Währungsunion nicht nur die Vermögensverhältnisse in Ostdeutschland neu definiert wurden, sondern daß dadurch zugleich auch die Ost-West-Differenzierung der privaten Vermögen eine Neubestimmung erhielt. Und *diese* bildet nunmehr den Ausgangspunkt für die weitere Entwicklung.

Die privaten Haushalte Westdeutschlands verzeichnen seit Jahrzehnten eine stetige Zunahme ihrer Vermögen. Diese geht jedoch einher mit einer wachsenden Ungleichverteilung<sup>83</sup>, was nicht so ohne weiteres mit den ordnungspolitischen Grundsätzen der sozialen Marktwirt-

schaft in Übereinstimmung zu bringen ist<sup>84</sup>.

In den 80er Jahren hat die Reichtumskonzentration und -polarisierung deutlich zugenommen.<sup>85</sup> In der ersten Hälfte der 90er Jahre setzte sich dieser Trend forciert fort.<sup>86</sup> So konzentriert sich inzwischen mehr als ein Drittel des gesamten Geldvermögens in den Händen von nur 5,5% aller Haushalte. Und 5,8% der privaten Haushalte verfügen über ein Drittel aller Immobilien. Insgesamt besitzen die reichsten 10% (d.s. rund 3 Mill. Haushalte) ein Geld- und Immobilienvermögen in Höhe von 3.000 Mrd. DM. Eine Million Haushalte besitzt ein Privatvermögen von jeweils mehr als einer Million DM<sup>87</sup>. Dabei spiegeln diese Zahlen die wirklichen Verhältnisse noch nicht einmal vollständig wider. Zum Beispiel fehlen „größere Milliardenbeträge“, die aus steuerlichen Gründen ins Ausland transferiert wurden<sup>88</sup>. Da es sich hierbei um Gelder in „dreistelliger Milliardenhöhe“, mindestens um „330 Milliarden Mark“ handelt<sup>89</sup>, ist der wirkliche Unterschied zwischen Arm und Reich, aber auch der zwischen Ost und West, noch um einiges größer, als sich dies statistisch zeigen läßt. Grundlage dafür ist eine zunehmende Ungleichheit der Einkommensverteilung, gemessen in einem steigenden *Gini-Koeffizienten* (0,221 im Jahre 1994 gegenüber 0,185 noch 1990) und einer zunehmenden Rechtskrümmung der *Lorenzkurve*<sup>90</sup>. Ferner die, bestimmten Vermögensformen durch Verzinsung und Wertsteigerung immanente, Eigendynamik, die eine einmal gegebene Ungleichverteilung der Vermögenswerte automatisch von Jahr zu Jahr größer werden läßt.

In Ostdeutschland sind seit 1990 *vier* parallel verlaufende Prozesse zu beobachten: *Zum einen* die Aufhebung der nivellierten sozialökonomischen Struktur aus DDR-Zeiten und deren Umformung in ein der westdeutschen Gesellschaft vom Prinzip her vergleichbares Schema sozialer Schichtung und Differenzierung.

*Zweitens* aber vollzieht sich zugleich die Formierung der *ostdeutschen* Gesellschaft als *peripherisierte Gesellschaft*, als relativ *arme* und *abhängige* Region. Dies zeigt sich in dem vergleichsweise geringen Beschäftigungsniveau, dem niedrigen Grad der Industrialisierung und Urbanisierung, zunehmend auch der Kultur, der Einkommen, des Konsums, der Vermögen usw., ferner im Modernisierungsabstand, in der un-

günstigeren Altersstruktur, der geringeren Lebenserwartung, der Tendenz zur Abwanderung u.ä.<sup>91</sup>

Bis Mitte 1993 vollzog sich im Osten ein Beschäftigungsabbau um 42%. Gleichzeitig nahm in Westdeutschland die Beschäftigung um mehr als 6% zu. Das Defizit an regulärer Beschäftigung pendelte sich im Osten inzwischen bei 25 bis 30% ein. Die Arbeitslosenquote schwankt zwischen 15 und 18%. Sie wird noch auf lange Sicht doppelt so hoch sein wie im Westen<sup>92</sup>. Die Industriedichte (Industriebeschäftigte je 1.000 Einwohner) ist dagegen nicht einmal halb so hoch<sup>93</sup>. Der Kapitalstock je Einwohner wird auf 38,9% des Westniveaus geschätzt<sup>94</sup>, die Produktivität (je Erwerbstätigen) auf 53%. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte liegt bei 66,3% und der private Verbrauch bei 65,8% des Westniveaus<sup>95</sup>.

*Drittens* vollzieht sich auf der Basis der 1990 neu verteilten Ressourcen eine Neustrukturierung der gesamtdeutschen Gesellschaft. Diese *neue deutsche Geographie* trägt Züge einer Differenzierung dergestalt, daß im Westen das Kapital und im Osten, günstigstenfalls, die Arbeit angesiedelt ist. Mit der Privatisierung der Produktionsanlagen, des Bodens, der Wohnungen usw., woran zu über 90% Westdeutsche partizipierten, wurde zugleich ein *sozialökonomisches Verhältnis* konstituiert: zwischen westdeutschen Kapitaleignern und ostdeutschen Lohnabhängigen, westdeutschen Immobilieneigentümern und ostdeutschen Mietern und Pächtern, westdeutschen Investoren und ostdeutschen Schuldner etc. Insbesondere bewirkte die Treuhandpolitik des Ausverkaufs der ostdeutschen Wirtschaftsressourcen „die Trennung der deutschen Bevölkerung in vermögende Kapitalbesitzer im Westen und mittellose Lohnbezieher im Osten“<sup>96</sup>. Unzweifelhaft trägt dieser Prozeß Züge einer „Kolonialisierung“<sup>97</sup>. Die Tatsache der „*Majorisierung der Ost- durch die Westdeutschen*“<sup>98</sup> bringt es auch mit sich, daß die Umstrukturierung im Osten vor allem westdeutschen Interessen dient. Und es sind Westdeutsche, die durch den Verkauf von Waren und Dienstleistungen, durch die Inanspruchnahme von Subventionen, durch Vermögenstransfers, Steuersparmodelle usw. vom Vereinigungsprozeß und *Aufbau Ost* letztlich bedeutend mehr profitieren, als sie an höheren Steuern dafür bezahlen<sup>99</sup>.

*Viertens* vollzieht sich vor diesem Hintergrund im Osten die Etablierung einer eigenen, sehr schwachen Oberschicht von Unternehmern, Managern, Grundeigentümern usw., aber einer relativ breiten Schicht von *underdogs*. Dabei ändert eine Handvoll ostdeutscher Millionäre und Neureicher absolut nichts an der Tatsache, daß der Reichtum in Deutschland *westlich* ist und die Armut zunehmend *östlich*, wie in der *Wirtschaftswoche* zu lesen war.<sup>100</sup> Alle bisher dazu angestellten Untersuchungen beurteilen das Armutspotential im Osten dann auch als sehr viel größer als im Westen und sehen hierin in der Hauptsache ein Ergebnis der Transformation<sup>101</sup>.

Welche Konsequenzen leiten sich aus diesen Prozessen nun für die Vermögensverhältnisse ab, bzw. wie spiegelt sich diese Entwicklung in den privaten Vermögensverhältnissen wider?

Die Reproduktion der Vermögen wird maßgeblich durch *zwei* Determinanten bestimmt: Erstens durch den Umfang und die Struktur der bereits vorhandenen Vermögen und zweitens durch die Einkommensentwicklung. Was ersteren Aspekt anbelangt, so sind durch die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen in Ost und West sowie durch die Währungsunion bereits die Grundlagen für eine divergente Entwicklung gelegt.

Bleibt die Entwicklung der *Einkommen* als mögliche Basis für eine Verteilungsveränderung: Wie oben dargestellt, vollzog sich hier seit 1990 ein rasanter Aufholprozeß, stärker allerdings bei den Tariflöhnen, -gehältern und Altersrenten als bei den für die Vermögensbildung letztlich relevanten verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte. Die Entwicklung der realen Haushaltseinkommen impliziert eine Reihe signifikanter, für die Vermögensakkumulation nicht unerheblicher struktureller Besonderheiten. So weicht die *Primärverteilung* der Einkommen im Osten auf Grund der höheren Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung, der sich verringernden Erwerbsbeteiligung der Frauen und der höheren Einkommen der Berufspendler von der im Westen erheblich ab<sup>102</sup>. Zweitens ist der Anteil der höheren Einkommensgruppen am Gesamteinkommen relativ gering. 1993 verfügten nur 6,3% der ostdeutschen Haushalte über ein Nettoeinkommen von 5.000 DM und mehr, gegenüber 19,2% in den

alten Bundesländern<sup>103</sup>. Wie die Daten für 1994 (9,3%) und 1995 (10,8%) zeigen, verändert sich diese Relation kaum. Der Anteil der „reichen“ Haushalte mit einem Einkommen von 150% des ostdeutschen Durchschnitts lag - verschiedenen statistischen Erhebungen zufolge - 1991 zwischen 6,1 und 11,8%, 1992 zwischen 6,0 und 12,7%, 1993 zwischen 4,5 und 7,0% und 1994 zwischen 9,8 und 13,2%. Setzt man die „Reichtumsschwelle“ bei 200% des Durchschnittseinkommens an, so lagen die Anteile zwischen 2 und 3%<sup>104</sup>. Dafür lebten 1994 7,3% der Ostdeutschen überwiegend von Arbeitslosengeld oder -hilfe, während dies in Westdeutschland lediglich 2,6% waren<sup>105</sup>. Der Anteil der Personen mit weniger als 50% des Durchschnittseinkommens wächst kontinuierlich, von 3,3% im Jahre 1990, über 4,4% 1991, 5,9% 1992 und 7,3% 1993 auf 8,5% 1994<sup>106</sup>.

Die Tendenz einer wachsenden Polarisierung der Einkommensverteilung ist unübersehbar. Ebenso die im Vergleich zu Westdeutschland stärkere Präsenz der unteren Einkommenschichten, während die Schicht der „Besserverdienenden“ verhältnismäßig dünn bleibt. Für die Vermögensbildung hat dies beachtliche Konsequenzen, so zum Beispiel den Rückgang des Anteils der Haushalte, die überhaupt in der Lage sind, zu sparen. 1994 waren dies nur noch 58%<sup>107</sup>. Trotz niedrigerer Einkommen entwickelte sich die private Ersparnisbildung in Ostdeutschland aber mit einer erstaunlichen Dynamik. Die Sparquote erreichte *fast* das Niveau

Westdeutschlands<sup>108</sup>. Auch wenn es sich hierbei zu einem großen Teil um Anspar- und Vorsorgeprozesse handelt, und weniger um eine finanzielle Vermögensbildung im eigentlichen Sinne, so ist es auf diese Weise doch gelungen, innerhalb von fünf Jahren eine Verdoppelung des Ausgangsbestands zu erreichen und so den durch die Währungsunion erlittenen Verlust wieder wettzumachen (vgl. Tabelle 3). Im Durchschnitt verfügten die ostdeutschen Haushalte 1994 über 29% des Geldvermögens westdeutscher Haushalte. Und das bei einer etwas ausgeglicheneren Verteilung.<sup>109</sup> Der *absolute* Abstand hat sich aber weiter *vergrößert*, von 86.000 auf 95.000 DM. Die tatsächliche Differenz dürfte noch weitaus größer sein, da die Statistik die Kapitalflucht nach Luxemburg und anderswo nicht berücksichtigt.

Unter den Bedingungen eines niedrigeren Einkommensniveaus und einer geringeren oder annähernd gleich hohen Sparquote, aber absolut geringeren Ersparnisbildung pro Haushalt/Jahr, ist hier auch in Zukunft keine Angleichung zu erwarten. Vielmehr ist davon auszugehen, daß die *Vermögenslücke* gegenüber dem Westen noch auf lange Sicht bestehen bleiben wird.

Dies aber hat beachtenswerte Auswirkungen auf die Einkommensbildung und das Sparen, und damit auf die Reproduktion des Geldvermögens sowie auf die Lebensverhältnisse überhaupt. 1994 bezogen die privaten Haushalte 199,1 Mrd. DM Vermögenseinkommen (Zinsen und Dividenden). Davon entfielen 188,7

Tabelle 3: Entwicklung der Geldvermögen in Ost- und Westdeutschland 1989 - 1994<sup>1</sup> (Mrd. Mark bzw. DM und %)

	1989	1.7.90	1990	1991	1992	1993	1994
<i>Ostdeutschland</i>							
Brutto	194,6	129,0	135,8	155,6	190,9	236,3	272,3
Netto	192,1	127,7	132,1	145,9	177,4	220,1	253,8
<i>Westdeutschland</i>							
Brutto	2.832,2	2.898,0	2.963,8	3.202,2	3.414,8	3.862,8	4.047,7
Netto	2.584,3	2.658,9	2.733,5	2.902,3	3.094,2	3.525,4	3.700,4
Relation (b)	14,5	22,5	21,8	20,6	17,9	16,3	14,9
(n)	13,4	20,8	20,6	19,9	17,4	14,9	14,6
1) Jahresendstände lt. Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Oktober 1993 und Mai 1995; DIW, Wochenbericht 1995/25, S. 439							



Mrd. auf westdeutsche Haushalte und 10,3 Mrd. (etwa 5%) auf ostdeutsche. Im Durchschnitt verbuchte jeder ostdeutsche Haushalt Vermögenserträge von 1.599 DM, jeder westdeutsche aber von 6.411 DM<sup>110</sup>, was einem Anteil am verfügbaren Einkommen von 3% bzw. 10% entsprach. Da ein großer Teil der Vermögenserträge wieder reakkumuliert wird, speist sich die Ersparnisbildung im Westen in nicht unbeträchtlichem Maße aus den Zinseinnahmen, während sie im Osten weitestgehend aus den laufenden Einkommen und damit zu Lasten des Konsums erfolgt. Diese Aussage gewinnt noch an Brisanz, wenn die unterschiedlichen Preisniveauänderungsraten berücksichtigt werden: Der im Osten seit 1991 zu verzeichnende, gegenüber Westdeutschland mehr als dreimal so hohe Preisniveauanstieg relativierte nicht nur die nominale Einkommensentwicklung erheblich. Er hatte auch eine negative Realverzinsung und inflationäre *Entwertung* der Geldvermögensbestände zur Folge. Dagegen erfolgte im Westen eine *reale Verwertung* der Geldvermögen.

Etwas günstiger verlief die Entwicklung des *Gebrauchsvermögens*. Hier vollzog sich in den letzten Jahren ein deutlicher Aufholprozeß, was sich in den Verbrauchs- und Ausstattungskennziffern der privaten Haushalte widerspiegelt<sup>111</sup>. Da die funktionelle Bedeutung des Gebrauchsvermögens jedoch auf den Konsum und die Privatsphäre beschränkt ist, ändert dies nicht viel an der grundsätzlichen Disparität der deutsch-deutschen Vermögensverteilung.

Wichtiger ist das *Grund-, Haus- und Wohnvermögen*. Nur 27,7% aller ostdeutschen Haus-

halte verfügen über einen entsprechenden Vermögenswert. Zumeist handelt es sich hierbei um Ein- und Zweifamilienhäuser der unteren Klassen, teilweise aber auch bloß um Sommer- oder Ferienhäuser. Insgesamt belief sich das ostdeutsche Grundvermögen 1993 auf ca. 6% des westdeutschen Wertes. Der durchschnittliche Vermögenswert je Haushalt (mit Grundvermögen) betrug 211.000 DM. Auf alle Haushalte umgerechnet, entsprach dies einer Durchschnittsgröße von 58.100 DM, gegenüber Vergleichswerten in Westdeutschland von 426.300 bzw. 215.300 DM<sup>112</sup>.

Der fiktive *Anteil* der privaten Haushalte am *Volksvermögen*, der 1989 den Hauptteil des Vermögens ausmachte, verlor bereits mit der Währungsumstellung erheblich an Wert. 1994 existierte hier, lt. Abschlußbilanz der Treuhandanstalt, kein positiver Vermögenswert mehr. Dadurch wurde die Festlegung im *Staatsvertrag*, Art. 10(6) sowie im *Einigungsvertrag*, Art. 25(6), „den Sparern zu einem späteren Zeitpunkt für den bei der Umstellung 2:1 reduzierten Betrag ein verbrieftes Anteilsrecht am volkseigenen Vermögen“<sup>113</sup> einzuräumen, faktisch gegenstandslos. Auf diese Weise geriet die Privatisierung des Staatseigentums der ehemaligen DDR zu einer entschädigungslosen Enteignung der Ostdeutschen. Die für den *gesamten* Privatisierungs- und Umgestaltungsprozeß charakteristische systematische „Benachteiligung der Ostdeutschen“<sup>114</sup> fand hierin ihre folgenschwerste Sanktion.

Ein Vergleich der aktuellen Vermögenslage privater Haushalte in Ost- und Westdeutsch-

Tabelle 4: Vermögen der privaten Haushalte Ostdeutschlands 1994

	Bestand insges. (in Mrd. DM)	pro Kopf (1.000 DM)	je Haushalt <sup>4</sup> (1.000 DM)
a) Grund-, Haus- und Wohnvermögen <sup>1</sup>	390,9	25,0	58,1
b) Gebrauchsvermögen <sup>2</sup>	220,0	14,2	34,1
c) Geldvermögen <sup>3</sup> : brutto	272,3	17,6	42,2
netto	253,8	16,4	39,3
Summe: a+b+c(netto)	(864,7)	(55,6)	(131,5)

1) Ende 1993 (vgl. Laue, E., a.a.O., S. 492)

2) Schätzung für 1994 auf der Grundlage statistischer Einzeldaten

3) 1994 (Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Mai 1995, S. 33)

4) Durchschnittliche Haushaltsgröße: 2,4 Personen

land (Tabellen 4 und 5) mit den Ausgangsdaten läßt erkennen, daß die bisherige Entwicklung - trotz partieller Annäherungen - insgesamt nicht durch eine Angleichung gekennzeichnet ist. Die West-Ost-Relationen von 3,5 (Haushalte) bzw. 3,7 (pro Kopf) zeigen, daß nach wie vor eine hohe, wenn auch strukturell leicht veränderte *Diskrepanz der Vermögen* existiert. Angleichungsprozesse finden, wenn überhaupt, nur *langfristig* statt und vorzugsweise bei den weniger bedeutsamen Komponenten, wie dem konsumtiven Gebrauchsvermögen. Dagegen bewirkte die Neuverteilung des Immobilienvermögens sowie des Produktivkapitals im Zuge der deutschen Vereinigung eher eine Zementierung der Unterschiede in den Lebensbedingungen als deren Angleichung und Vereinheitlichung.

Parallel zur Vermögensdifferenzierung und -polarisierung *innerhalb* Ost- und Westdeutschlands reproduzieren sich, wie gezeigt, Struktur- und Niveauunterschiede in den Vermögen *zwischen* Ost und West. Die Ungleichheit der Vermögensverteilung in Deutschland ist mithin eine „gespaltene Ungleichheit“<sup>115</sup> - und dies wird sie auf lange Sicht auch noch bleiben. Die unterschiedliche Vermögenslage ist *Indiz* und *Basis* für die Fortexistenz *disparater Lebensverhältnisse*. Sie begründet maßgeblich die „separate Identität“ der Ost- und Westdeutschen, was die

se keineswegs nur *kulturell*, wie *Howard* schreibt, erklärt, sondern durchaus und gerade auch *ökonomisch*.

### Anmerkungen

- 1 Howard, M.A., Die Ostdeutschen als ethnische Gruppe?, in: Berliner Debatte INITIAL, Heft 4/5/1995, S. 125
- 2 Fritze, L., Irritationen im deutsch-deutschen Vereinigungsprozeß, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 27/95, S. 4 und 7
- 3 Vester, M., Deutschlands feine Unterschiede, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20/95, S. 16
- 4 Vgl. Ansichten zur Geschichte der DDR, hrsg. v. D.Keller/H. Modrow/H. Wolf, Bd. 4, Berlin 1994, S. 54f.
- 5 Die Ergebnisse der EMNID-Umfrage sind veröffentlicht in: Der Spiegel 38/90; 6/91; 30/91; 31/91; 3/93; 8/94 und 27/95.
- 6 Koch, T., Zwischen Einheitsschock und „doppeltem Zukunftshorizont“, in: Brie, M./Klein, D. (Hg.), Zwischen den Zeiten, Hamburg 1992, S. 189-215
- 7 Vgl. Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Juli 1990, S. 24
- 8 Schwarze, J., Einkommensungleichheit im vereinten Deutschland, in: DIW, Wochenbericht 49/1993, S. 720-724
- 9 Böhm, S./Pott, A., Verteilungspolitische Aspekte der Rentenüberleitung, in: Schmähl, W. (Hg.), Sozialpolitische Aspekte der deutschen Vereinigung, Frankfurt/New York 1992, S. 179
- 10 Fricke, J./Krause, P./Schwarze, J., Haushalts- und Erwerbseinkommen in der DDR, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Heft 43/1991, S. 332; Lötsch, M., Sozialstruktur und Systemtransformation, in: Geißler, R. (Hg.), Sozialer Umbruch in Ostdeutschland, Opladen 1993, S. 36
- 11 Vergleichsrechnungen des *Statistischen Bundesamtes* zufolge lag das Niveau der Haushaltsnettoeinkommen von Arbeiter- und Angestelltenhaushalten in der DDR 1989 bei 58,1% des westdeutschen Niveaus. Eine solche Umrechnung erscheint zweckmäßig, da ein „typischer“ Haushalt in der DDR 1,95 Einkommensbezieher aufwies, in der BRD aber nur knapp 1,5. Ferner gilt es zu beachten, daß in der DDR den privaten Haushalten erhebliche Mittel unentgeltlich aus dem Staatshaushalt zugute kamen, die für die Bestimmung einer lebensniveaurelevanten Einkommensgröße den

Tabelle 5: Vermögen der privaten Haushalte Westdeutschlands 1994

	Bestand insges. (in Mrd. DM)	pro Kopf (1.000 DM)	je Haushalt <sup>6</sup> (1.000 DM)
a) Grund-, Haus- und Wohnvermögen <sup>1</sup>	6.221,5	94,9	215,3
b) Gebrauchsvermögen <sup>2</sup>	2.300,0	34,8	78,2
c) Geldvermögen <sup>3</sup> : brutto	4.047,7	61,2	137,7
netto	3.700,4	56,0	125,8
d) Betriebsvermögen <sup>4</sup>	1.360,0	20,6	46,2
e) Versorgungsansprüche <sup>5</sup>	6.790,1	103,2	232,8
Summe: a+b+c(netto)+d	(13.581,9)	(206,3)	(465,5)
1) Ende 1993, Verkehrswert (Laue, E., a.a.O., S. 492) 2) Schätzung für 1994 auf der Grundlage der Angabe von 2,7 Bill. DM für 1995 (vgl. DIW, Wochenbericht 30/1996, S. 498); vgl. auch Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Oktober 1993, S.31 3) 1994 (Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Mai 1995, S. 33) 4) DIW, Wochenbericht 30/1996, S. 502 5) Schätzung: 50 % des sonstigen Vermögens (lt. Miegel, M., a.a.O.) 6) Durchschnittliche Haushaltsgröße: 2,2 Personen			

- Nominaleinkommen als *indirekte Einkommen* hinzuzurechnen sind. Allein die Subventionen für Mieten, Tarife, Waren des Grundbedarfs und Dienstleistungen betragen 1988 65,8 Mrd. Mark, was einer Größenordnung von 40,5% der Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung bzw. einem Drittel des verbrauchswirksamen Einkommens der privaten Haushalte entsprach. (Statistisches Jahrbuch der DDR 1989, S. 286f; 1990, S. 301 und 314)
- 12 Institut der deutschen Wirtschaft Köln, iw-trends 1/91, S. K 3f.
- 13 Deutsche Bundesbank, Geschäftsbericht für 1991, S. 25
- 14 Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Februar 1992, S. 8
- 15 Offermann, V., Die Entwicklung der Einkommen und Vermögen in den neuen Bundesländern seit 1990, in: Zerche, J., Vom sozialistischen Versorgungsstaat zum Sozialstaat Bundesrepublik, Regensburg 1994, S. 97; Glatzer, W./Noll, H.-H. (Hg.), Lebensverhältnisse in Deutschland: Ungleichheit und Angleichung, Frankfurt 1992, S. 94ff.
- 16 Deutsche Bundesbank, Geschäftsbericht 1995, S. 25; Statistisches Bundesamt (Hg.), Tabellensammlung zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in den neuen Bundesländern 3/95, S. 170
- 17 Sozialreport 1994, hrsg. v. I. Kurz-Scherf und G. Winkler, Berlin 1994, S. 152
- 18 Vgl. Der Spiegel Nr. 27/95, S. 47ff.
- 19 Vgl. Die Zeit Nr. 40/93, S. 20
- 20 Vgl. Hofmann, J./Weckesser, E., Identitätswandel in den neuen Bundesländern, in: Sozialreport, 1. Quartal 1996, S. 4f.
- 21 Vgl. DIW, Wochenbericht 27/28/1995, S. 482
- 22 Vgl. WSI-Mitteilungen 8/91, S. 466-478
- 23 Schäfer, C., Einkommensentwicklung und Einkommensverteilung in Ostdeutschland: Kurzfristig angepaßt - langfristig abgehängt? in: Nolte, D./Sitte, R./Wagner, A. (Hg.), Wirtschaftliche und soziale Einheit Deutschlands. Eine Bilanz, Köln 1995, S. 227f.
- 24 Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Wirtschaftliche und soziale Lebensverhältnisse in Ostdeutschland, 1995, S. 50
- 25 Vgl. DIW, Wochenbericht 25/1995, S. 435f.; Fiebiger, H., Budgets ausgewählter privater Haushalte 1994, in: Wirtschaft und Statistik 1995/8, S. 622-632
- 26 Vgl. Jungblut, M., Wirtschaftswunder ohne Grenzen, Stuttgart 1990, S. 178
- 27 Bundesministerium für Wirtschaft (BMWi), Aufbau Ost. Die zweite Hälfte des Wegs, Dokumentation Nr. 382/1995, S. 44
- 28 Vgl. DIW, Wochenbericht 15/16/1995
- 29 Vgl. Schäfer, C., a.a.O., S. 248
- 30 Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Juni 1996, S. 66\*
- 31 Die Berechnung des Preisindex für die Lebenshaltung der privaten Haushalte seit 1992 basiert auf der Preisbasis: 1991 = 100. Früheren Berechnungen lag die Preisbasis 2. Hj 1990/1. Hj. 1991 zugrunde. Danach verteuerte sich die Lebenshaltung vom 2. Halbjahr 1991 bis zum 1. Halbjahr 1995 um 38,4%. (Statistisches Bundesamt 1995, a.a.O., S. 176)
- 32 Vgl. Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Wirtschaft im Wandel, 8/1995, S. 5
- 33 Tietmeyer, H., Es gab zur Währungsunion keine realistische Alternative, in: Pressemitteilungen der DBB Nr. 48/1995, S. 1
- 34 Stahlmann, W., Ursachen von Wohlstand und Armut, München 1992, S. 135
- 35 Vgl. Offermann, V., a.a.O.; Richter, W., Kolonialisierung der DDR, in: Scherer, K.J./Wasmuth, U. (Hg.), Mut zur Utopie! Festschrift für Fritz Vilmar, Münster 1994
- 36 Vgl. Huster, E.-U., Neuer Reichtum und alte Armut, Düsseldorf 1993; ders. (Hg.), Reichtum in Deutschland, Frankfurt/New York 1993; ders., Armut im geeinten Deutschland, in: Berliner Debatte INITIAL, Heft 1/1995, S. 3-17; Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Oktober 1993, S. 19-32; Zerche, J., a.a.O.; Vester, M., Deutschlands feine Unterschiede, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20/95, S. 17-30; Neubauer, R., Wenig auf der hohen Kante, in: Die Zeit Nr. 26/95, S. 25f.
- 37 Vgl. Focus v. 29.9.1995
- 38 Vgl. Sozialreport 1994, a.a.O., S. 77
- 39 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Art. 3 und 72
- 40 Biedenkopf, K., Die Einheit: Eine einzigartige Leistung, in: Die Zeit Nr. 40/95, S. 56
- 41 Huster, E.-U. (Hg.), Reichtum in Deutschland, a.a.O., S. 206
- 42 Vgl. Miegel, M., Die verkannte Revolution (1), Einkommen und Vermögen der privaten Haushalte, Stuttgart 1983, S. 78; Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Oktober 1993, S. 21; Januar 1994, S. 49 und 55; Januar 1996, S. 34; Laue, E., Grundvermögen privater Haushalte Ende 1993, in: Wirtschaft und Statistik 6/1995, S. 488; DIW, Wochenbericht 30/96
- 43 Was die Datenbasis für diesen Text anbelangt, so haben wir es hier mit prinzipiellen Schwierigkeiten zu tun. Zum einen sind Einkommens- und Preisstrukturen verschiedener Gesellschafts- und Wirtschaftsordnungen nur bedingt vergleichbar. Zweitens erfolgt der Ausweis in unterschiedlichen Währungen, ohne daß ein Kursverhältnis existiert. Drittens stützen sich einige Angaben auf Verallgemeinerungen von Ergebnissen der *Einkommens- und Verbrauchsstichprobe*, eine Methode, die nur mit großen Vorbehalten und mangels geeigneter Daten praktiziert wird. Und viertens fehlen einige Angaben, so daß Schätzungen die Lücke schließen müssen. Insgesamt bedeutet dies, daß die Zahlenangaben nur mit großen Abstrichen geeignet sind, um valide Schlüsse zu ziehen. Sie sind aber signifikant und aussagekräftig genug, um als Illustration für die getroffenen Aussagen zu dienen.
- 44 Vgl. Kreckel, R., Geteilte Ungleichheit im vereinten Deutschland, in: Geißler, R. (Hg.) a.a.O., S. 48; Offermann, V., a.a.O.; Busch, U., (Hg.), Monetäre Probleme, Probleme der Einheit, Bd. 3, Marburg 1991, S. 11-30
- 45 Barthel, H., Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen der DDR, Berlin 1979; Karlsch, R., Allein bezahlt?, Berlin 1993; Fisch, J., Reparationen nach dem Zweiten Weltkrieg, München 1992
- 46 Schwarzer, O., Der Lebensstandard in der SBZ/DDR 1945-1989, in: Jahrbuch für Wirtschafts-geschichte 2, Berlin 1995, S. 119-146
- 47 Im Unterschied zur D-Mark handelte es sich bei der *Mark der DDR* (bis 1964 *Deutsche Mark der Deutschen Notenbank*, dann bis 1967 *Mark der Deutschen Notenbank*) um eine nicht konvertierbare, in ihrem Umlauf und ihrer Gültigkeit absolut auf das Territorium der DDR beschränkte Binnenwährung, deren Kurs nicht am Markt, sondern administrativ bestimmt wurde. Gegenüber der D-Mark galt eine Sonderregelung, das *Frankfurter Abkommen vom Oktober 1949*, das für den Handel zwischen den beiden „Währungsgebieten“ eine Verrechnung im Verhältnis von 1:1 vorsah. Über den Außenwert der Mark oder einen Wechselkurs zur D-Mark sagte diese Parität aber genauso wenig aus wie die *Richtungskoeffizienten* von 2,7 (1980), 2,9 (1985), 3,6 (1986), 4,3 (1987) und 4,4 (1988), welche die DDR als *interne* Verrechnungsgrößen im Außenhandel mit nichtsozialistischen Staaten verwendete. (vgl. Flaßbeck, H., Die deutsche Vereinigung - ein Transferproblem, in: DIW, Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 3/95, S. 408)
- 48 1989 stammten 37% des Wohnungsbestandes der DDR aus der Zeit vor 1918, in der BRD 17,7%. Im Durchschnitt waren die DDR-Wohnungen 21% kleiner. Die Wohnfläche je Einwohner lag mit 27,5 m<sup>2</sup> bei nur 74,3% des westdeutschen Vergleichswertes. Der Anteil der Wohnungen mit Bad/Dusche belief sich auf 82%, der mit Innen-WC auf 76%, gegenüber 96 bzw. 98% (Schwarzer, O., a.a.O., S. 143f.). Bis heute haben nur 57,2% der Wohnungen im Osten eine Zentralheizung und nur 54,1%, gegenüber 81,8% im Westen, weisen Bad/Dusche, WC und Sammelheizung auf. (Information des Statistischen Bundesamtes, in: Wochenblatt 2/1996 v. 11.1.)
- 49 Wagener, H.-J., Anlage oder Umwelt? Überlegungen zur Innovationsschwäche der DDR-Wirtschaft, in: Berliner Debatte Initial, Heft 1/1995, S. 67-82
- 50 Vgl. Grundgesetz, a.a.O., Art. 14 und 15; Lampert, H., Die Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland, München 1990, S. 27f. und 41f.
- 51 Vgl. Verfassung der DDR (v. 6.4.1968 in der Fassung des Gesetzes zur Ergänzung und Änderung der Verfassung der DDR v. 7.10.1974), Art. 10, 12 und 14 sowie Art. 11
- 52 Vgl. Schmidt, M. u.a. (Hg.), Einigungsvertrag - Muster ohne Wert?, Berlin 1993, S. 137; Richter, W., a.a.O., S. 98
- 53 Vgl. Rapin, H., Der private Haushalt - Daten und Fakten, Frankfurt/New York 1990, S. 129ff; Miegel, M., a.a.O., S. 77f.
- 54 Statistisches Jahrbuch der DDR 1972, Berlin 1972, S. 173f.
- 55 Statistisches Jahrbuch der DDR 1989, a.a.O., S. 168
- 56 Statistisches Amt der DDR, Sozialstatistik, Berlin 1990, S. 198
- 57 Schwartau, C./Vortmann, H., Die materiellen Lebensbedingungen in der DDR, in: Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949-1989, hg. v. Weidenfeld, W./Zimmermann, H., Bonn 1989, S. 301
- 58 Vgl. Euler, M., Grundvermögen privater Haushalte Ende 1988, in: Wirtschaft und Statistik 4/1991; Laue, E., a.a.O., S. 489

- 59 Vgl. Zerche, J., Einkommen und Vermögen in der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1988
- 60 Haustein, H.-D./Manz, G., Bedürfnisse, Bedarf, Planung, Berlin 1976; Manz, G. (Hg.), Lebensniveau im Sozialismus, Berlin 1983
- 61 Müller, E., Der Nationalreichtum, Berlin 1987, S. 96
- 62 Im *Sozialreport'90* wird von einem Durchschnittswert von 80.000 Mark ausgegangen, was, gemessen an den Daten für die Vorjahre, überhöht sein dürfte, auch wenn man die vergleichsweise hohen Preise für bestimmte Konsumgüter in Rechnung stellt (S. 133).
- 63 Statistisches Jahrbuch der DDR 1990, a.a.O., S. 308
- 64 Ebenda, S. 303
- 65 Dies zeigt, daß die DDR keine exzessive Geldpolitik betrieben hat und folglich kein spektakulärer Geldüberhang existierte (vgl. Friedemann, E., Von einem katastrophalen Geldüberhang kann keine Rede sein, in: Die Wirtschaft Nr. 12/90, S. 19; Sinn, G./Sinn, H.-W., Kaltstart, Tübingen 1991, S. 50f.). Wohl aber gab es zwischen Kauf- und Warenfonds Disproportionen und hatte sich ein zurückgestautes Nachfragepotential formiert (vgl. Busch, U., Monetäre Stabilität, in: Heine, M. u.a. (Hg.), Die Zukunft der DDR-Wirtschaft, Reinbek 1990, S. 124-138). Der auf diese Weise, faktisch seit 1948, aber hauptsächlich in den letzten Jahren, entstandene Kaufkraftüberhang wurde für 1989 auf 30 bis 60 Mrd. Mark oder 15 bis 30% des Geldvermögens der Bevölkerung veranschlagt (Tannert, K. (Hg.), Geld, Kredit, Finanzen aus neuer Sicht, Berlin 1990, S. 11).
- 66 Vgl. Miegel, M., a.a.O., S. 85
- 67 Vgl. Huster, E.-U., a.a.O.; Vester, M., a.a.O.; Müller, K., Einkommensverteilung und Einkommensmobilität in Ostdeutschland, in: Wirtschaftsbulletin Ostdeutschland 4/95, S. 42-50.
- 68 Die 1,2-Relation beim Gebrauchsvermögen resultiert aus einer unterschiedlichen Bewertung, unterschiedlichen Preisstrukturen und -relationen sowie aus der Verschiedenheit der Währungen. In ihr kommt eine Überbewertung der Ost-Position zum Ausdruck, was anhand der Ausstattung der Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern sowie der Ausgabenbilanzen demonstriert werden kann. (Vgl. Sozialreport '90, Berlin 1990, S. 128f. und 136f.; Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) a.a.O., S. 57)
- 69 Görzig, B./Gornig, M., Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft der DDR. Beiträge Nr. 121, DIW Berlin 1991;
- 70 Schwarzer, O., a.a.O., S. 133f.
- 71 Vgl. Maaz, H.-J., Das gestürzte Volk, Berlin 1991, S. 34ff.; Vester, M., Milieuwandel und regionaler Strukturwandel in Ostdeutschland, in: Vester, M./Hofmann, M./Zierke, I. (Hg.), Soziale Milieus in Ostdeutschland, Köln, S. 9f.
- 72 Vgl. Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Juli 1990, S. 24
- 73 Ebd., S. 26; Monatsbericht Juni 1990, S. 42ff.
- 74 Sinn, G./Sinn, H.-W., a.a.O., S. 36f.
- 75 Vgl. Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen (Hg.), Materialien zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland, Bonn 1987, S. 503f. und 517; Deutsche Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln Nr. 29/1990, S. 10; DIW, Wochenbericht 21/1990, S. 294 sowie 32/1990, S. 446ff.
- 76 Die Bewertung des Treuhandvermögens ergab für Immobilien 108,1 Mrd., für technische Anlagen, Maschinen usw. 61,3 Mrd. und für Umlaufvermögen 75,3 Mrd. DM, insgesamt eine Bilanzsumme von 247,5 Mrd. und ein Eigenkapital von 120,8 Mrd. DM. Unter Berücksichtigung aller Schulden und Risiken schloß die Bilanz mit einem Fehlbetrag von 209,3 Mrd., der später auf 231,5 Mrd. korrigiert wurde. Expertenmeinungen zufolge impliziert diese Rechnung eine systematische Unterschätzung des *Substanzwertes*, insbesondere der Immobilien, und eine geringe Überschätzung des faktor-spezifischen Kapitals, was auf einen doppelt so hohen Verkehrswert des Treuhandvermögens hinweist. (Vgl. Brücker, H., Privatisierung in Ostdeutschland, Frankfurt/New York 1995, S.286)
- 77 Richter, W., a.a.O., S. 99
- 78 Laue, E., a.a.O., S. 489
- 79 WSI-Mitteilung lt. Berliner Zeitung v. 16.1.1996
- 80 Vgl. Busch, U., Argumente für einen fast vergessenen Passus des Einigungsvertrages, in: Utopie kreativ, 43-44/1994, S. 122-138
- 81 Vgl. Liedke, R. (Hg.), Die Treuhand und die zweite Enteignung der Ostdeutschen, München 1993; Luft, C., Treuhandreport, Berlin und Weimar 1993; Fritze, L., a.a.O., S. 3-9
- 82 Brücker, H., a.a.O., S. 178
- 83 Vgl. Perina, U., Konzentration des Reichtums, in: Die Zeit Nr. 11/91, S. 28
- 84 Watrin, C., Das Gleichheitsideal des Wohlfahrtsstaates, in: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 31 (1982) 1, S. 65-80
- 85 Vgl. Alfheld, H., Ausstieg aus dem Sozialstaat? in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 25-26/95, S. 3-12; Huster, E.-U., a.a.O.; Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Oktober 1993
- 86 Vgl. Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Mai 1995, S. 17ff.
- 87 Berliner Zeitung v. 16.1. und 2./3.1996
- 88 Deutsche Bundesbank, Monatsberichte Januar, März 1994
- 89 Schumacher, O., Schluß mit der Kumpanei, in: Die Zeit Nr. 3/96, S. 24; Capital, Heft 3/1994, S. 16
- 90 Müller, K., a.a.O., S. 44f.
- 91 Vgl. Hradil, S., Die Modernisierung des Denkens. Zukunftspotentiale und „Altlasten“ in Ostdeutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20/95, S. 3-15; Vester, a.a.O.
- 92 Beschäftigungsobservatorium Ostdeutschland Nr. 16/17 November 1995, S. 14; Sozialreport 2. Quartal 1996, S. 29f.
- 93 Prieue, J., Die Folgen der schnellen Privatisierung der Treuhandanstalt. Eine vorläufige Schlußbilanz, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 43-44/94, S. 27
- 94 Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), a.a.O., S. 123
- 95 Bundesministerium für Wirtschaft (BMWV), a.a.O., S. 44f.
- 96 Sinn, G./Sinn, H.-W., a.a.O., S. 71
- 97 Richter, W., a.a.O., S. 97f.
- 98 Kreckel, R., Geteilte Ungleichheit im vereinten Deutschland, in: Geißler, R. (Hg.), a.a.O., S. 59
- 99 Noe, C., Mark, Markt und Macht, in: Die Zeit Nr. 39/1995, S. 37
- 100 Rascher Durchlauf, in: Wirtschaftswoche Nr. 23/1993, S. 22f
- 101 Vgl. Hauser, R., Das empirische Bild der Armut in der Bundesrepublik Deutschland - ein Überblick, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 31-32/95, S. 11; Huster, a.a.O. S. 9f.; Hanesch, W., Armut in Deutschland, Reinbek 1994, S. 48ff.; Hauser, R./Neumann, U., Armut in der Bundesrepublik Deutschland, in: Armut im modernen Wohlfahrtsstaat, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, SH 32 (1992), S. 237-271
- 102 Vgl. Glatzer, W./Noll, H.-H. (Hg.), a.a.O., S. 115ff.
- 103 Statistisches Bundesamt (Hg.), Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in den neuen Bundesländern, Heft 4/1994
- 104 Wirtschaftsbulletin Ostdeutschland, 4/1995, S. 36
- 105 Wirtschaft und Statistik, Heft 4/1995, S. 286
- 106 Müller, K., a.a.O., S. 46
- 107 Berliner Zeitung v. 24.12.1994
- 108 Vgl. Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Mai 1995, S. 33; August 1995, S. 67f.; Sozialreport 1994, a.a.O., S. 200
- 109 Der Verteilung des Bruttogeldvermögens entsprach ein Gini-Koeffizient von 0,59 (West) und 0,53 (Ost). Dem entspricht eine stärkere Rechtskrümmung der Lorenzkurve-West gegenüber der Ost-Kurve (vgl. DIW, Wochenbericht 25/1995, S. 439).
- 110 DIW, Wochenbericht 25/1995, S. 441
- 111 Vgl. Berger, H. u.a. Veränderungen der Struktur und der sozialen Lage ostdeutscher Haushalte nach 1990, WZB-Paper 105, Berlin 1993; Sozialreport 1994, a.a.O., S. 184ff.; Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Juli 1996, S. 18f.
- 112 Laue, E., a.a.O., S. 491ff.
- 113 Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik v. 18.5.90, BGBl. II, S.537; Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands v. 31.8.90, BGBl.II, S. 889
- 114 Pohl, R. (Hg.), Herausforderung Ostdeutschland, Berlin 1995, S. 27
- 115 Kreckel, R., a.a.O., S. 59